

Der Vorschlag des SPD-Parteivorstandes, einen Investitionsfonds zu schaffen, mit dessen Hilfe der Ausbeutungsbereich der westdeutschen Monopole erweitert werden soll, dient nicht der Wiedervereinigung, sondern großkapitalistischen Interessen.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß im Dokument der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in bezug auf die Perspektive verschiedene Standpunkte enthalten sind. Wir möchten klar zum Ausdruck bringen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine große nationale Aufgabe ist, die nur gelöst werden kann, wenn ernsthafte *Lehren aus der Geschichte* gezogen werden. Die Geschichte lehrt, daß Deutschland nur als friedliebender, demokratischer Staat eine würdige und bedeutende Rolle im Kreise der Völker spielen kann. Es darf sich nicht wiederholen, daß unter der Maske der formalen Demokratie die Kräfte der Reaktion und des Militarismus das deutsche Volk ins Unglück stürzen.

Nachdem in einem Drittel Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, der deutsche Imperialismus und Militarismus mit der Wurzel beseitigt wurde und der Sozialismus aufgebaut wird, hängt die Zukunft Deutschlands von der Schaffung friedlicher und wahrhaft demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland ab.

Wir möchten hervorheben, daß die Arbeiter bei ihrer Stellung zum Friedensvertrag und zur Wiedervereinigung von den Positionen der Arbeiterklasse und den Volksinteressen ausgehen müssen. Die Grundinteressen der Arbeiterklasse, ihr Kampf um das friedliebende, demokratische Deutschland, entsprechen zugleich den nationalen Interessen des ganzen Volkes. In ganz Deutschland gilt es, die sichere Grundlage für eine konsequente Politik des Friedens zu schaffen.

Die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik werden alles tun, um der unter den Lasten des Militarismus und der monopolkapitalistischen Ausbeutung leidenden Bevölkerung in Westdeutschland zu helfen.

Werte Genossen!

Im Plan des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands steht im Schlußabsatz als erste Forderung: Vorbereitung eines Friedensvertrages für ganz Deutschland. Das stimmt mit unseren Vorschlägen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland überein. Es steht also die Frage, wie soll der *Kampf um den Friedensvertrag* geführt werden und welche Kräfte gilt es dafür zu gewinnen?